mier Robert Bourassa vor, um auf gesetzliche Maßnahmen gegen die Kaufwelle aus Übersee zu drängen. "Wir werden die besten Teile unserer Provinz zu einer Zeit verlieren", wetterte Camille Laurin, Fraktionsführer der separatistischen Parti québecois, "in der wir unserer politischen Unabhängigkeit von Ottawa näher rücken."

Aber Bourassa griff nicht ein. Im Gegenteil: Er ließ erklären, seine Regierung werde ausländische Investitionen in die kapitalhungrige franko-kanadische Provinz durch Einräumen steuerlicher Vorteile unterstützen.

Auch die kanadische Bundesregierung in Ottawa fördert den Immobilien-Boom. In einem "vertraulich" gestempelten Schreiben an eine Käufergruppe in Düsseldorf wies Ottawas Deputy Minister of National Revenue darauf hin, daß deutsche Investoren ebenso wie kanadische Bürger besteuert werden - "nicht mehr und nicht weniger; das bedeutet: Deutsche Immobilienbesitzer können pro Jahr fünf Prozent des Gesamtwertes ihrer Objekte einschließlich aller Hypothekenlasten vom zu versteuernden Betrag abziehen, so daß es in den meisten Fällen zu einer kanadischen Besteuerung gar nicht erst kommt".

Auf die Rückfrage eines Interessenten, ob die kanadische Regierung deutschen Finanzämtern Informationen über deutsche Anlagen in Kanada gebe, antwortete das Finanzministerium lakonisch: "Solche Informationen sind unsererseits nicht vorgesehen."

"Ein Schweizer Nummernkonto bietet Ihnen nicht mehr Sicherheit als ein Immobilienkauf in Kanada", warb denn auch die Maklerfirma Mackenzie.

Gegen diese "unerwünschte Art der Verschweizung" wendet sich allerdings der neudemokratische Premier Britisch-Kolumbiens, David ("Fat boy") Barrett. Der Provinzchef legte dem Landesparlament eine Reihe von Gesetzen vor, die "Bodenspekulanten, die gegen das Volksinteresse arbeiten, buchstäblich den Boden unter den Füßen wegziehen" (Barrett) sollen.

Barrett, der sich bei seinen Gesetzesvorlagen an Bodenreform-Plänen des
Bonner Bauministers Hans-Jochen Vogel orientierte, will die Bundesrepublik
im Mai besuchen, um "weitere Eindrücke zu sammeln, wie man den bundesdeutschen Bodenspekulanten in Britisch-Kolumbien das Handwerk am besten legen kann" (so James Collins,
einer der Parteistrategen der Neuen
Demokraten).

"Das neue Barrett-Gesetz hat nur in Britisch-Kolumbien Gültigkeit — nicht in Restkanada", tröstet Grundstücksmakler David Maitland, "ich sehe daher weiter gute Zeiten für deutsche Investoren."

## **PAKISTAN**

## Miliz marschiert

Zwei Jahre nach Beginn des Bürgerkriegs, der zum Abfall der Bengalen von Pakistan führte, tragen auch in Restpakistan Parteimilizen politische Gegensätze mit dem Gewehr aus.

Just den "Pakistan Day", den höchsten Staatsfeiertag, suchten Pakistans Regierung und Opposition sich aus, um ihre politischen Gegensätze in einer Straßenschlacht auszuschießen:

Für diesen Tag, den 23. März, hatte die "Vereinigte Demokratische Front", Zusammenschluß von acht Oppositionsparteien, zu einer Massenversammlung in den Liakat-Park von Rawalpindi gerufen. Die Oppositionellen wollten die Massen gegen den Entwurf einer neuen Verfassung mobilisieren, deren einzigen



Erschossener Demonstrant in Rawalpindi Die Opposition schoß zurück

Zweck sie darin sehen, den Präsidenten Sulfikar Ali Bhutto mit diktatorischen Vollmachten auszustatten.

Noch bevor Oppositionsführer Wali Khan zu Wort kam, knatterten Schüsse von umliegenden Dächern, brachen die ersten Menschen schreiend zusammen. Schwarzuniformierte "Volksgardisten", die Parteimiliz Bhuttos, hatten aus Gewehren und Maschinenpistolen das Feuer eröffnet. Die Opposition schoß zurück — denn Wali Khan, Oberherr der kriegerischen Pathanenstämme am Khaiberpaß, hatte einige Hundertschaften seiner "Pachtun Salme" mitgebracht, der bewaffneten Schutztruppe seiner "Nationalen Volkspartei".

Nach dreistündiger Schießerei lagen 14 Tote auf den Straßen, 68 Schwerverletzte in den Krankenhäusern. Eine unbekannte Zahl Verwundeter hatte bei befreundeten Familien Zuflucht ge-



sucht und ließ sich dort heimlich behandeln, um nicht vom Krankenbett aus direkt ins Gefängnis zu kommen. 14 Busse, mit denen die Pathanen nach Rawalpindi gekommen waren, lagen als rauchende Skelette am Straßenrand — Bhutto-Anhänger hatten sie angezündet.

In den folgenden Tagen schwärmten Polizisten aus und verhafteten 24 "Verschwörer", darunter 22 Offiziere, die angeblich Bhuttos Sturz geplant hatten. Versammlungen von mehr als drei Personen wurden per Dekret 144 verboten, ebenso "the shouting of slogans" — das Rufen von politischen Parolen.

Damit wollte Bhutto die Opposition mundtot machen, die er in den letzten Monaten schon durch Militäreinsätze in rebellischen Provinzen zu dezimieren suchte. Doch diesmal schweißte er nicht

## TÜRKEI

## **Pest im Winter**

Ankara ist die wahrscheinlich lebensgefährlichste Stadt der Welt: ihr Smog ist so schädlich wie "zehn Packungen Zigaretten am Tag".

Nachts können die Bewohner der türkischen Hauptstadt Ankara die Fenster nicht öffnen — Ruß und Dreck dringen bis in die Kleiderschränke.

Autofahrer von auswärts kurbeln die Scheiben hoch, wenn sie in die grauviolette Dunstglocke tauchen, nicht selten müssen sie tags mit Licht fahren. Türken und Ausländer klagen gleichermaßen über Übelkeit und Atemnot, Kopfschmerz, Unlust und Gereiztheit.



Smog über Ankara: "Sie heizen, bis sie ersticken"

nur die oppositionellen Gruppen zusammen — alle Parteien außer Bhuttos
"Volkspartei" beschlossen einen totalen
Boykott der Nationalversammlung.
Auch acht Abgeordnete aus Bhuttos
eigener Partei mochten ihrem Führer
auf dem Weg der Gewalt nicht mehr
folgen und sagten sich los von "einem
Diktator, der in allem bis auf den Namen Kaiser sein will".

Eine Gruppe Soldaten wollte — nach Angaben der regierungstreuen "Pakistan Times" — sogar Bhutto nach seiner Rückkehr von einer geplanten Iran-Reise verhaften. Ex-Luftmarschall Asgar Khan, angeblich Initiator des aufgeflogenen Putsches, ist seit Tagen in Pakistan nicht aufzufinden.

Der bedrohte Bhutto sagte vorsichtshalber seinen Persien-Flug ab. In Büros und Geschäften steigt der Verbrauch von Kaffee, Tee und Stimulanzmitteln. Die Nachfrage nach Gasmasken wächst.

Mehr als eine Million Menschen, die im Smog Ankaras leben, sind hilflos einem schleichenden Gifttod ausgesetzt: Als die wahrscheinlich lebensgefährlichste Stadt der Welt bezeichnete kürzlich ein Nato-Ausschuß die Stadt Kemal Atatürks, und die türkische Vereinigung für wissenschaftliche und technische Forschung (Tubitak) prophezeite: Bei andauernder Zunahme der Luftverpestung werde spätestens in 17 Jahren kein menschliches Wesen mehr in Ankara leben können.

Anders als in London, wo 1952 etwa 4000 Menschen durch giftige Schwefelgase starben, oder in Tokio ist die Ursache für Ankaras Smog nicht etwa

übermäßige Industrialisierung, sondern, so ein Diplomat, die Tatsache, "daß sehr viele Türken auf sehr kleinem Raum sehr schlampig heizen, bis sie ersticken".

Sind schon die Sommer in der von kahlen Karsthöhen umgebenen Talkesselstadt unerträglich drückend, so machen sich die Ankaraner in den Wintermonaten Oktober bis April selbst das Überleben schwer. Sie können nicht anders, denn sie müssen mit ungereinigter, stark schwefelhaltiger Braunkohle aus den staatlichen Kohlebergwerken Seyit Ömer heizen. Aus Hunderttausenden von Schornsteinen und Fabrikschloten qualmt so das graugelbe stinkende Gift.

Der winterliche Luftverschmutzungsgrad über Ankara übersteigt die von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) festgelegte Toleranzgrenze bereits um das Fünfzigfache.

Das Nato Committee on Challenges of Modern Society, das sich im November vergangenen Jahres mit Ankaras Smog-Problemen befaßte, meldete alarmierende — aber von den Tatsachen bereits überholte — Werte: Rund 58 000 Tonnen Schwefeldioxid, 73 000 Tonnen Kohlenmonoxid, 23 000 Tonnen Ruß, 13 000 Tonnen Stickstoffoxid und 16 000 Tonnen Hydrokarbonat seien in den Jahren 1969/70 über der Hauptstadt niedergegangen.

Krebs, Erkrankungen der Atemorgane und Herzleiden werden die sicheren Folgen sein, wenn sich nichts ändert. Während die Weltgesundheitsorganisation bis 100 Mikrogramm schädlicher Gase in einem Kubikmeter Luft noch als ungefährlich betrachtet, müssen die Bewohner Ankaras mehr als das Zehnfache atmen. 150 Milligramm krebserregende Rußteile pro 1000 Kubikmeter Luft werden maximal toleriert, aber im winterlichen Ankara sind es fast viermal soviel.

Schon 1968 hatte ein Medizinprofessor in Ankara vor Krebskrankheiten, die in fünf bis zehn Jahren zum Ausbruch kommen würden, gewarnt. Und tatsächlich haben die Lungenkrebsfälle in Ankara in den letzten Jahren um 25 Prozent zugenommen. Lungenschatten wie bei einer mittleren Tuberkulose wurden bereits nach zwei Dienstjahren bei Angehörigen der amerikanischen Botschaft festgestellt.

Zur Begründung eines Gesetzentwurfs gegen die Luftverpestung argumentierte der Abgeordnete Resit Ülker: "Menschen, die mit diesen Elementen verschmutzter Luft leben, inhalieren so viel Gift, als wenn sie täglich zehn Pakkungen Zigaretten rauchten." Dennoch ist bis auf "Wochen gegen Luftverschmutzung" unter Staatspräsidenten-Schirmherrschaft nichts Wesentliches passiert, was die stinkende Pest eindämmen könnte.

Aus Kostengründen kommt für Ankara weder die Einfuhr von reiner Kohle noch der Übergang zu Elektrizität für die nahe Zukunft in Frage, aller-